



Finanzierung kirchlicher Schulen

Das Landeskomitee der Katholiken in Bayern sieht den guten Zuspruch, den Schulen in kirchlicher Trägerschaft haben, mit großer Freude, aber auch mit wachsender Sorge. Die Eltern, die ihr Kind bewusst auf eine kirchliche Schule schicken möchten, haben das Vertrauen, dass aus einer christlichen Grundorientierung heraus Werte vermittelt werden, Sozialverhalten gebildet und Persönlichkeit geformt wird. Diese Eltern sind in der Regel auch bereit, sich dafür über das übliche Maß hinaus finanziell an der Erziehung und Ausbildung ihrer Kinder zu beteiligen und Schulgeld zu bezahlen.

Neben dieser Elternbeteiligung und dem finanziellen Engagement der kirchlichen Träger, wie die Schulreferate der bischöflichen Ordinariate, Schulstiftungen oder Orden werden diese kirchlichen Schulen nur zu rund 75 % vom Staat refinanziert, wobei die Bezuschussung beruflicher Schulen deutlich niedriger ist. Diese Beteiligung des Staates an der Finanzlast aufgrund der staatlichen Verantwortung für die schulische Bildung muss deutlich erhöht werden, um die kirchlichen Schulen und ihren spezifischen Beitrag zur Erziehung und Bildung weiterhin in der Qualität, wie sie die Eltern und Schüler erwarten, erhalten zu können.

Die kirchlichen Schulen sind längst nicht mehr nur ein zusätzliches Angebot neben den staatlichen Schulen, sondern sind zum Bestandteil der regulären Schulversorgung geworden. Das zeigt sich besonders im Bereich der Förderschulen, die in Bayern zu fast einem Drittel in den Händen christlicher Träger liegen und damit oft die regionale Grundversorgung sichern. Rund 23 Prozent der Realschulen und 10 Prozent der Gymnasien werden von Kirchen oder Orden betrieben und getragen.

Die christliche Tradition, die damit verbundenen Werte und das daraus resultierende Menschenbild prägen trotz aller kirchlichen und gesellschaftlichen Veränderungen bis heute das tägliche Leben der Menschen. In der Schule besteht eine gute Möglichkeit, jungen Menschen dieses Erbe anzubieten und sie zu ermutigen, es auch anzutreten und in einer gewandelten Zeit modern zu leben, ohne die Grundsätze des Glaubens aufzugeben.

Geeignete Lehrkräfte zu finden, die fachlich qualifiziert sein müssen, den christlichen Glauben bejahen, vorleben und sich in das auch religiös geprägte Schulleben einbringen sollen, wird zusehends schwieriger. Lehrkräfte müssen an kirchlichen Schulen in der Regel als Angestellte auf die Vorteile einer Verbeamtung verzichten und tragen persönlich die so genannte Nettolücke: Beamte erhalten bei gleicher Einstufung und Arbeit aufgrund der steuerlichen Umstände ein höheres Nettoeinkommen als angestellte Lehrer. Außerdem ist die Altersversorgung angestellter Lehrer deutlich schlechter als die Beamter. Für eine Gleichbehandlung müssen gangbare Lösungen gefunden werden, damit auch in Zukunft den Trägern kirchlicher Schulen geeignete Lehrkräfte zur Verfügung stehen.

Die bisherigen Träger (in der Regel Ordensgemeinschaften) und die neuen Träger (Diözesen und Schulstiftungen) geraten an ihre finanziellen Grenzen, wenn sie für die gesetzlich zustehenden Staatszuschüsse in Vorleistung treten müssen. Dies ist bei notwendigen Baumaßnahmen, der Substanzerhaltung und Modernisierung sowie der Ausstattung für die auch durch gesetzliche Vorgaben gewachsenen Ansprüche eines modernen Schulbetriebes der Fall. Dazu kommt, dass der Erstattungssatz für Lehrkräfte sich an einem in der Realität längst überholten Standardprofil von Lehrern orientiert. Ebenso müssen die stetig wachsenden Verwaltungskosten in Betracht gezogen werden, die aufgrund staatlicher Vorgaben entstehen.

Das Landeskomitee der Katholiken fordert deshalb alle Verantwortlichen auf, die im Bayerischen Landtag und in der Staatsregierung Entscheidungen für den Ausbau und die Gestaltung der bayerischen Schullandschaft treffen, die Stellung und den Wert kirchlicher Schulen zu beachten und sie in Zukunft besser als bisher zu honorieren.

Einstimmig vom Präsidium des Landeskomitees der Katholiken in Bayern am 8. Dezember 2008 in München beschlossen.